

Was sind uns Kinder wert?

Stellt sich in einem unserer Zoos Tiernachwuchs ein, so wird alles dafür getan, dass die Jungen so lange wie möglich und nötig ungestört beim Muttertier bleiben können. Man räumt dem Tiernachwuchs die notwendige Zeit ein, die er braucht, um die Grundlagen für eine artgerechte Entwicklung zu bekommen. Zum Mittel der Fremdaufzucht wird nur bei Gefahr für das Leben des Muttertieres oder des Nachwuchses gegriffen.

Wie gehen unsere Politiker mit den Menschenkindern um?

Das Ministerium, das eigentlich Lobby für die Kinder und die Familie sein sollte, führte mit großer Publicity das Elterngeld ein. 12 bzw. 14 Monate werden Eltern finanziell unterstützt, um bei ihren Kindern bleiben zu können, wobei die finanziellen Zuwendungen für die unteren Einkommensgruppen dafür bei Weitem nicht ausreichend sind.

Parallel dazu wird die Einrichtung von Kinderkrippenplätzen vorangetrieben, damit die 14 Monate alten Kinder in staatliche Betreuung gegeben werden können. Dabei werden Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie, der Bindungs- und der Hirnforschung, die auch in Deutschland bekannt sind, in den Wind geschlagen.

Kinder sind erst im Alter von etwa drei Jahren in ihrer psychischen Entwicklung so weit, dass sie Fremdbetreuung mit wechselnden Bezugspersonen unbeschadet verkraften. Es wird vor allem „frühkindliche Bildung“ in den Fokus gestellt, die mit professionellen Erziehern allen Kindern vermittelt werden müsse, um allen dieselben Startchancen in das Schulleben zu ermöglichen. Verschwiegen und nicht berücksichtigt wird, dass Kinder dieser Altersgruppe erst bindungsfähig gemacht werden müssen, damit Pläne frühkindlicher Bildung überhaupt greifen können. Bindungsfähigkeit ist Grundvoraussetzung für Bildungsfähigkeit.

Bei allen Gesetzen und Finanzierungsmodellen wird deutlich, dass der Staat vor allem das Ziel verfolgt, dass Frauen ohne lange Unterbrechungen durch Mutterschafts- und Erziehungszeiten erwerbstätig sind. Deutlich treten hier auch die kurzfristigen Interessen der Wirtschaft zu Tage, die nicht auf die Arbeitskraft gut ausgebildeter Frauen verzichten will und kann. Langfristig wird aber die Wirtschaft damit zu kämpfen haben, dass immer weniger Jugendliche überhaupt ausbildungsfähig sein werden.

In die gleiche Richtung zielt das neue Unterhaltsrecht für geschiedene Elternteile. Die mit den Kindern zurückbleibenden Partner – meistens die Mütter – müssen früher wieder Vollzeit arbeiten. Hier wird ohne zu zögern in Kauf genommen, dass Kinder neben dem für sie existenzbedrohenden Zerbrechen ihrer Familie auch den Verlust des verbleibenden Elternteils verkraften müssen. Kindliches Vertrauen wird hier doppelt missbraucht und enttäuscht.

Wir dürfen uns nicht wundern über 13-jährige Bandenchefs und bis zur Bewusstlosigkeit betrunkene 11-Jährige auf Straßen und Spielplätzen.

Der VkdL fordert, dass bei Entscheidungen und Weichenstellungen in der Familienpolitik das Wohl der Kinder im Mittelpunkt zu stehen hat und dass Erkenntnisse der Fachleute aus der Entwicklungspsychologie und der Bindungs- und Hirnforschung endlich zur Kenntnis genommen und angewendet werden.

Der VkdL lehnt es ab, dass Schule dauernd Versäumnisse aufholen muss, die unter anderem auch dadurch entstehen können, dass Mütter möglichst lückenlos erwerbstätig sein müssen und der Staat die Rolle des Erziehers bereits bei Kleinstkindern übernimmt.